



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Protestaktion der Gewerkschaften vor der EU-Botschaft in Bern, 15. Dezember 2010

Kein Lohndumping in der Schweiz und in der EU!

Von Renzo Ambrosetti, Co-Präsident der Gewerkschaft Unia

Die Gewerkschaften in der Schweiz haben die europäische Integration und die Personenfreizügigkeit immer unter einer Bedingung unterstützt: Es braucht gleichzeitig wirksame Schutzmassnahmen gegen Lohndumping.

In der Europäischen Union entwickeln mehrere Gremien derzeit eine Politik, welche den Interessen der Arbeitnehmenden entgegenläuft und die bewährten Schutzmassnahmen gegen Lohndumping in Frage stellen:

- Unser erster Kritikpunkt: In den vergangenen zwei Jahren haben die EU-Staaten mit Unterstützungen im Umfang von hunderten von Milliarden Euro die Banken gerettet und sich dabei zusätzlich verschuldet. Jetzt sollen die Arbeitnehmenden mit Lohnverzicht und brutalem Sozialabbau die Kosten der Krise bezahlen. Genau dazu drohen die verschärften Sparmassnahmen zu führen, welche in der EU derzeit diskutiert werden. Dagegen wehren sich heute in ganz Europa die Gewerkschaften. Von Belfast bis Athen, von Lissabon bis nach Riga finden heute überall Protestaktionen statt. Gemeinsam fordern die europäischen Gewerkschaften, dass die Finanzwirtschaft endlich mit einer griffigen Finanztransaktionssteuer zur Begleichung der Kosten der vergangenen Krise beitragen muss.
- Unser zweiter Kritikpunkt: Die EU-Gerichte stellen das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" zunehmend in Frage. Die Folge: In Deutschland würden polnische Löhne gezahlt, in der Schweiz deutsche Löhne. Es braucht von den politischen Behörden in Europa ein klares Bekenntnis zum Grundprinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort". Sonst wendet sich die Personenfreizügigkeit gegen die Lohnabhängigen.
- Und unser dritter Kritikpunkt: Die EU und EU-Mitgliedstaaten greifen vermehrt die Schweiz an, weil sie mit verbindlichen flankierenden Massnahmen auch ausländische Unternehmen dazu anhält, die Schweizer Löhne zu respektieren. Die Schutzmassnahmen gegen Lohndumping sind aber für die Schweiz unverzichtbar. Es braucht vielmehr einen gezielten Ausbau der flankierenden Massnahmen statt einen Abbau. In vielen Gewerbeberufen zum Beispiel drohen heute die in der Schweiz geltenden Gesetze unterlaufen zu werden, weil ausländische Handwerksbetriebe sich den Sanktionen entziehen. Aus diesem Grund verlangen die Gewerkschaften und die Arbeitgeber gemeinsam die Hinterlegung einer Kautions - und dies sowohl von Schweizer Firmen wie auch von ausländischen Betrieben. Wer gesetzliche Arbeitsbedingungen unterläuft, kann so rasch bestraft werden. Diese Kautions werden nun von verschiedenen EU-Staaten in Frage gestellt. Wir erwarten von der Schweiz, dass sie das bestehende System der flankierenden Massnahmen verteidigt, und von den EU-Staaten, dass sie die Schutzmassnahmen gegen Lohndumping in der Schweiz respektieren.

Gemeinsam mit unseren europäischen Kolleginnen und Kollegen fordern wir, dass überall in Europa der Schutz vor Lohndumping ausgebaut wird. Es darf nicht sein, dass die Arbeitnehmenden nun die Kosten für Krise bezahlen, während in den Chefetagen schon wieder munter abgezockt wird. Darum fordern wir: Kein Lohndumping in der Schweiz und in der EU!